



Michael Tentler, DIG AG Bamberg

Damals wie heute!

Für Völkerverständigung, gegen Antisemitismus und die Vereinnahmung berechtigter Anliegen durch faschistische Ideologien

Liebe Mitbürger:innen,

wir sind hier heute zusammengekommen, weil wir an etwas glauben!

Wir glauben daran, dass Israelis und Palästinenserinnen und Palästinenser in Frieden miteinander leben können.

Wir glauben daran, dass Kinder in Tel Aviv und Kinder in Gaza dieselben Rechte haben: das Recht auf Sicherheit, auf Bildung, auf eine Zukunft ohne Krieg und ohne Angst.

Wir glauben daran, dass die Würde eines Menschen nicht davon abhängt, ob er Hebräisch oder Arabisch spricht, ob er Jude, Muslim, Christ oder konfessionslos ist.

Wir glauben an Völkerverständigung.

Gerade deshalb fordern wir eine politische Lösung, die beiden Völkern gerecht wird – Palästinenser:innen und Jüd:innen.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat dies in ihrer Bremer Erklärung von 2024 in bemerkenswerter Klarheit formuliert:

„Landläufig wird der Ruf nach der Zweistaatenlösung mangels anderer Vorschläge auch als Platzhalter oder semantischer Container für eine Absage an den Status quo der letzten Jahre, als Regelung auf Dauer und als Unterstützung für die Rechte der Palästinenser:innen in den Gebieten verstanden. In diesem Sinne unterstützt die Deutsch-Israelische Gesellschaft die Zweistaatenlösung.“

Und weiter heißt es:

„Eine Zwei-Staaten-Lösung setzt voraus, dass auch eine breite gesellschaftliche Mehrheit der Palästinenserinnen und Palästinenser sich eine friedliche Nachbarschaft zweier Staaten wünscht.“

Mit anderen Worten: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft wünscht sich einen sicheren Staat Israel und einen demokratischen palästinensischen Staat, die friedlich Seite an Seite leben. Dafür müssen beide Seiten bereit sein, die Existenz und die Rechte des jeweils anderen anzuerkennen und in Frieden miteinander leben zu wollen.

Diese Worte beschreiben auch unseren Wunsch.
Wir wünschen uns einen sicheren Staat Israel.
Und wir wünschen uns einen demokratischen palästinensischen Staat.
Zwei Staaten.
Zwei Bevölkerungen.
Eine gemeinsame Zukunft.

Denn die überwältigende Mehrheit der Menschen – in Israel, in Gaza und hier bei uns – möchte nicht den ewigen Krieg.
Menschen möchten ihre Kinder aufwachsen sehen.
Sie möchten arbeiten.
Sie möchten lieben.
Sie möchten lachen.
Sie möchten alt werden.

Doch wenn wir Frieden wollen, dann müssen wir auch den Mut haben, ehrlich darüber zu sprechen, weshalb dieser Frieden bis heute nicht Wirklichkeit geworden ist.
Denn Frieden scheitert nicht nur an Grenzen.
Er scheitert auch an Ideologien.
Er scheitert dort, wo Menschen ihre Hoffnung auf Freiheit verlieren.
Und er scheitert dort, wo berechnete Anliegen missbraucht werden, um Hass gegen andere Menschen zu legitimieren.

Genau darüber möchte ich heute sprechen.
Denn es gibt einen roten Faden, der sich durch die Geschichte zieht.
Einen roten Faden, der uns zeigt, wie aus berechtigtem Widerstand Menschenfeindlichkeit werden kann.
Wie aus dem Wunsch nach Freiheit die Ablehnung der Freiheit anderer entsteht.
Und wie Antisemitismus immer wieder neue Gesichter annimmt.

Damals wie heute.

Kolonialismus, Panarabismus und die historische Rolle Amin al-Husseinis

Um die Gegenwart zu verstehen, lohnt sich ein Blick zurück.
Der arabisch-israelische Konflikt begann nicht mit der Hamas und auch nicht mit dem 7. Oktober 2023.
Seine Wurzeln reichen weit in die Zeit des Zerfalls des Osmanischen Reiches und der europäischen Mandats Herrschaft nach dem Ersten Weltkrieg zurück.

Kolonialismus war und ist reales Unrecht.

Britische und französische Mandatsmächte bestimmten über die politische Zukunft ganzer Regionen, ohne die betroffenen Bevölkerungen an diesen Entscheidungen zu beteiligen. Fremdherrschaft, politische Entmündigung und die Erfahrung, über das eigene Schicksal nicht selbst bestimmen zu können, prägten das kollektive Bewusstsein vieler Menschen im Nahen Osten.

Vor diesem Hintergrund entstand der Panarabismus – die Idee einer kulturellen, sprachlichen und politischen Selbstbestimmung der arabischen Völker.

Dieser Wunsch nach Freiheit und Eigenständigkeit war legitim!
Er war Ausdruck des Bedürfnisses, die eigene Zukunft selbst gestalten zu können.

Doch die Geschichte zeigt auch, dass berechnete Anliegen von extremistischen Akteuren vereinnahmt werden können.

Eine zentrale Figur dieser Entwicklung war Amin al-Husseini.

Als Großmufti von Jerusalem verfügte er über religiöse Autorität und politischen Einfluss. Er trat zunächst als Gegner britischer Mandats Herrschaft und als Vertreter arabischer Interessen auf.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich seine Politik jedoch in eine andere Richtung.

Al-Husseini verband den Widerstand gegen die britische Mandats Herrschaft zunehmend mit einem ausgeprägten Antisemitismus.

Sein Ziel beschränkte er nicht mehr auf die Beendigung kolonialer Herrschaft.

Er wandte sich ausdrücklich gegen jüdische nationale Selbstbestimmung in Palästina.

Besonders deutlich wurde dies während des Zweiten Weltkriegs.

Am 28. November 1941 traf Amin al-Husseini in Berlin Adolf Hitler.

Das Protokoll dieses Gesprächs gehört zu den wichtigsten historischen Dokumenten zur Beurteilung seiner politischen Haltung.

Al-Husseini erklärte, die Araber seien natürliche Verbündete Deutschlands, weil sie dieselben Feinde hätten: die Briten, die Juden und die Kommunisten.

Hier zeigt sich eine entscheidende Verschiebung.

Ein politischer Konflikt wurde zu einer umfassenden antisemitischen Weltdeutung ausgeweitet.

Die Ablehnung britischer Herrschaft wurde mit der Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden verbunden.

Hitler wiederum versicherte al-Husseini, Deutschland führe seinen Kampf gegen das Judentum und gegen eine jüdische Heimstätte in Palästina.

Die „arabische Befreiung“ wurde damit an die nationalsozialistische Politik der Auslöschung jüdischen Lebens gekoppelt.

Die Zusammenarbeit beschränkte sich jedoch nicht auf dieses Treffen.

Von Berlin aus beteiligte sich al-Husseini an Rundfunksendungen, die sich an arabische und muslimische Zuhörer richteten.

In diesen Sendungen verband er antikoloniale Botschaften mit antisemitischer Propaganda.

Die Gegner Deutschlands wurden nicht nur als politische Feinde dargestellt, sondern zunehmend als Teil einer jüdischen Bedrohung umdeklariert.

Religiöse Autorität wurde dabei zu einem politischen Instrument.

Der Konflikt wurde nicht allein als Auseinandersetzung um Territorium, Migration oder politische Rechte beschrieben.

Er erhielt eine religiöse Aufladung, in der Jüdinnen und Juden nicht mehr „lediglich“ als politische Gegner erschienen, sondern als Teil eines umfassenden Feindbildes.

Hinzu kam die Unterstützung der Rekrutierung muslimischer Freiwilliger für Verbände im Einflussbereich des nationalsozialistischen Deutschlands.

Besonders bekannt wurde al-Husseinis Rolle bei der Werbung für bosnisch-muslimische Waffen-SS-Verbände.

Diese historischen Ereignisse zeigen, dass al-Husseini nicht nur ein Gegner kolonialer Herrschaft war.

Er verband antikoloniale Rhetorik mit nationalsozialistischem Antisemitismus und religiöser Mobilisierung.

Gerade darin liegt seine historische Bedeutung.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob der Wunsch nach arabischer Selbstbestimmung legitim war.

Er war es.

Die entscheidende Frage lautet vielmehr:

Was geschieht, wenn berechtigte Anliegen von Ideologien vereinnahmt werden, die die Freiheit anderer Menschen nicht anerkennen?

Die Geschichte Amin al-Husseinis zeigt, wie aus einem legitimen Streben nach Selbstbestimmung eine politische Bewegung wird, die Freiheit nicht für alle fordert, sondern die Selbstbestimmung anderer Menschen ablehnt.

Sie erinnert daran, dass die moralische Berechtigung eines Anliegens nicht automatisch jede Form seiner politischen Ausgestaltung legitimiert.

Und sie mahnt dazu, genau hinzusehen, wenn politische Bewegungen beginnen, reale Erfahrungen von Leid, Demütigung und Ungerechtigkeit mit Feindbildern zu verbinden, die bestimmten Gruppen grundlegende Rechte und menschliche Würde absprechen.

Diese historische Erfahrung führt zu der Frage, die bis heute kontrovers diskutiert wird:

Gibt es in der Gegenwart ideologische Muster, die an diese Mechanismen erinnern?

Mit dieser Frage wenden wir uns nun der Hamas und ihrer Selbstbeschreibung zu.

Hamas – Ideologie, Selbstverständnis und die Frage historischer Kontinuitäten

Wenn wir über Frieden zwischen Israelis und Palästinenser:innen sprechen, dürfen wir die politischen Kräfte nicht ausblenden, die diesen Frieden befördern oder verhindern.

Eine dieser Kräfte ist die Hamas.

Die Hamas entstand 1987 zu Beginn der Ersten Intifada als palästinensischer Ableger der Muslimbruderschaft.

Sie versteht sich nicht ausschließlich als nationale Befreiungsbewegung, sondern zugleich als islamische Widerstandsorganisation mit religiösem, sozialem und politischem Anspruch.

Um die Hamas zu verstehen, lohnt sich ein Blick in ihre Gründungsurkunde.

Die Hamas-Charta von 1988 beschreibt die Bewegung ausdrücklich als islamische Organisation.

In Artikel 1 heißt es:

„Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine der Glieder der Muslimbruderschaft in Palästina.“

In Artikel 6 definiert sich Hamas als:

„eine besondere palästinensische islamische Bewegung.“

Besonders bedeutsam ist Artikel 8. Dort heißt es:

„Der Jihad ist ihr Weg. Und der Tod um Allahs willen ist ihr höchster Wunsch.“

Diese Passage verdeutlicht, dass Hamas den Konflikt nicht ausschließlich als territorialen oder politischen Konflikt versteht.

Er erhält eine religiöse Dimension.

Gewalt wird nicht lediglich als strategisches Mittel begründet, sondern als Bestandteil eines religiösen Auftrags.

Noch deutlicher wird dies in Artikel 7 der Charta.

Dort wird eine Hadith-Überlieferung zitiert, die beschreibt, dass Muslime am Ende der Zeiten gegen Juden kämpfen und diese töten würden:

Selbst Steine und Bäume würden Juden verraten, damit sie getötet werden könnten.

Viele Historiker:innen und Antisemitismusforscher:innen sehen hierin einen Ausdruck eines religiös aufgeladenen Antisemitismus.

Juden erscheinen nicht nur als politische Gegner, sondern als Teil einer heilsgeschichtlichen Feindkonstruktion.

Gerade dieser Aspekt unterscheidet die Hamas von rein säkularen nationalen Befreiungsbewegungen.

Der Konflikt wird nicht ausschließlich als Auseinandersetzung um Grenzen, Souveränität oder politische Rechte verstanden.

Er erhält eine kosmische Dimension, in der Gewalt gegen Jüdinnen und Juden religiös legitimiert wird.

Gleichzeitig wäre es historisch verkürzt, Hamas ausschließlich über ihre Charta von 1988 zu definieren.

Im Jahr 2017 veröffentlichte die Organisation ein neues Grundsatzdokument.

Die Sprache veränderte sich deutlich.

An die Stelle vieler offen religiös-antisemitischer Formulierungen traten Begriffe wie: Befreiung, nationale Selbstbestimmung, Widerstand, Kolonialismus, Apartheid, Dekolonisierung.

Relevant ist jedoch: Die Hamas erkennt Israel weiterhin nicht als legitimen jüdischen Staat an.

Die vollständige Befreiung Palästinas von den Juden bleibt politisches Ziel.

Zugleich versucht Hamas, ihre Programmatik in eine Sprache zu übersetzen, die auch außerhalb islamistischer Milieus Anschlussfähigkeit erzeugen kann.

Genau an dieser Stelle beginnt eine Debatte, die bis heute kontrovers geführt wird.

Einige Wissenschaftler:innen betonen die Unterschiede zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und islamistischen Bewegungen wie Hamas.

Andere weisen auf erhebliche ideologische Überschneidungen hin.

Zu diesen Überschneidungen gehören insbesondere:

1. Erstens: der Antisemitismus. Sowohl im Nationalsozialismus als auch in der ursprünglichen Hamas-Charta erscheint das Judentum nicht lediglich als politische Gegenposition, sondern als existenzielle Bedrohung.
2. Zweitens: die religiöse beziehungsweise weltanschauliche Überhöhung des Konflikts. Der politische Gegner wird nicht als legitimer Verhandlungspartner betrachtet, sondern als aus moralischen Gründen zu bekämpfender Feind.
3. Drittens: die Ablehnung jeglicher Form jüdischer Selbstbestimmung. Die Existenz eines jüdischen Gemeinwesens wird nicht als legitimer Ausdruck eines Selbstbestimmungsrechts anerkannt, sondern als grundlegendes Unrecht interpretiert.
4. Viertens: die Vorstellung, dass die Beseitigung des jüdischen Gemeinwesens Voraussetzung für die eigene Befreiung sei.

Gerade dieser letzte Punkt ist von besonderer Bedeutung.
Denn er führt zu einer schwierigen, aber notwendigen Unterscheidung.

Die Unterstützung palästinensischer Menschenrechte ist legitim.
Die Forderung nach einem Ende von Krieg und zivilem Leid ist legitim.
Die Kritik an israelischer Regierungspolitik ist legitim.

Die Ablehnung jüdischer Selbstbestimmung hingegen stellt eine andere Qualität dar.
Sie verschiebt die Auseinandersetzung von der Kritik an konkretem Regierungshandeln hin zur grundsätzlichen Delegitimierung des einzigen jüdischen Staates der Welt.

An dieser Stelle erkennen wir die historischen Kontinuitäten zu Amin al-Husseini.
Nicht deshalb, weil Hamas eine bloße Kopie des Nationalsozialismus wäre.
Sondern weil sich vergleichbare Muster erkennen lassen:
Reale Erfahrungen von Leid und Entrechtung werden aufgegriffen.
Berechtigte politische Anliegen werden formuliert.
Eine antisemitische, religiöse Identität wird mobilisiert.
Antisemitische Feindbilder werden aktiviert.
Und die Ablehnung jüdischer Selbstbestimmung erscheint als Voraussetzung der eigenen Befreiung.

Diese Analyse bedeutet nicht, palästinensisches Leid zu leugnen.
Im Gegenteil.

Gerade weil das Leid der Menschen in Gaza real ist, stellt sich die Frage, ob eine politische Bewegung, die keine demokratische Opposition zulässt, die eigene Bevölkerung autoritär kontrolliert und jüdische Selbstbestimmung ablehnt, tatsächlich eine friedliche Zukunft für Palästinenser:innen ermöglichen kann.

Warum finden faschistische Hamas-Narrative in Teilen westlicher Milieus Resonanz?

Die entscheidende Frage lautet nun:

Warum finden Narrative, die aus dem Umfeld einer autoritären, islamistischen und antisemitischen Bewegung stammen, überhaupt Resonanz in Milieus, die sich selbst als antirassistisch, feministisch, queer, ökologisch oder antikolonial verstehen?

Die Antwort liegt nicht darin, diesen Menschen pauschal Antisemitismus zu unterstellen.
Viele handeln aus ehrlichem Mitgefühl.

Sie sehen Bilder zerstörter Häuser.
Sie sehen verletzte Kinder.
Sie sehen verzweifelte Familien.
Sie sehen reales palästinensisches Leid.
Dieses Mitgefühl ist menschlich.

Problematisch wird es dort, wo aus Mitgefühl ein geschlossenes Weltbild entsteht.
In Teilen antikolonialer und ökologischer Milieus wird der Konflikt häufig auf ein einfaches Täter-Opfer-Schema reduziert:
Israel erscheint ausschließlich als koloniale Macht.
Palästinenser erscheinen ausschließlich als entrechtete Opfer.
Hamis verschwindet als Herrschafts-, Gewalt- und Unterdrückungsapparat aus der Analyse.

Genau darin liegt die ideologische Verkürzung.
Denn wer die Menschen in Gaza wirklich ernst nimmt, darf nicht nur fragen, was Israel tut.
Er muss auch fragen, wer im Gazastreifen herrscht.
Wer kontrolliert dort politische Institutionen?
Wer unterdrückt Opposition?
Wer verfolgt Andersdenkende?
Wer instrumentalisiert Schulen, Krankenhäuser, Moscheen und Wohngebiete für militärische Zwecke?
Wer nutzt ziviles Leid als Bild, als Schutzschild und als propagandistisches Mittel?
Und wer verhindert, dass im Gazastreifen eine demokratische Gesellschaft entstehen kann, die eines Tages friedlich neben Israel existiert?

Diese Fragen werden in vielen westlichen Solidaritätsmilieus erstaunlich selten gestellt.
Das gilt besonders dort, wo Palästina nicht mehr als reale Gesellschaft mit inneren Konflikten, politischen Machtverhältnissen und autoritären Strukturen betrachtet wird, sondern als reine Projektionsfläche.
Palästinenser erscheinen dann nicht mehr als handelnde Subjekte.
Sie erscheinen nur noch als Opfer.

Aber diese Opfererzählung ist selbst problematisch.
Denn sie entmündigt die palästinensische Bevölkerung erneut.
Sie spricht ihr die Fähigkeit ab, auch unter der Herrschaft der Hamas unterschiedliche Interessen, Ängste, Hoffnungen und politische Wünsche zu haben.
Sie verschweigt jene Palästinenser, die unter Hamas leiden.
Sie verschweigt Frauen, die unter patriarchaler Gewalt stehen.
Sie verschweigt queere Menschen, die unter islamistischer Herrschaft nicht frei leben können.
Sie verschweigt politische Gegner der Hamas.
Sie verschweigt jene Menschen, die weder israelische Bomben noch Hamas-Herrschaft wollen.

Besonders sichtbar wird diese Abspaltung bei Teilen queerer oder feministischer Solidaritätsgruppen.
Wer sich zu Recht für queere Rechte, für Frauenrechte und gegen patriarchale Gewalt einsetzt, muss sich fragen lassen, warum die Herrschaftsverhältnisse im Gazastreifen so häufig ausgeblendet werden.

Denn unter der Macht der Hamas gibt es keine freie queere Öffentlichkeit.
Keine liberale Frauenrechtspolitik.
Keine demokratische Opposition.
Keine religiöse Pluralität im liberalen Sinne.

Keine Sicherheit für Menschen, die offen gegen die Hamas auftreten.

Wenn queere oder feministische Gruppen dennoch politische Parolen übernehmen, die Hamas entlasten oder ihre Rolle verschweigen, entsteht ein massiver Widerspruch.

Dieser Widerspruch wird meist dadurch aufgelöst, dass die realen Machtverhältnisse im Gazastreifen abgespalten werden.

Man sieht nur das Opferbild, nicht die Herrschaftsstruktur.

Man sieht nur das Leid, nicht die Organisation, die dieses Leid strategisch nutzt.

Man sieht nur „Palästina“, nicht die Frage, welche politischen Kräfte dort Freiheit verhindern.

Genau hier entsteht Anschlussfähigkeit für antisemitische Narrative.

Denn sobald Israel als alleinige Ursache allen Leids erscheint, müssen andere Akteure aus der Erzählung verschwinden.

Hamas verschwindet.

Hisbollah verschwindet.

Das iranische Regime verschwindet.

Der islamistische Antisemitismus verschwindet.

Die Geiseln verschwinden.

Die Massaker des 7. Oktober verschwinden.

Die sexualisierte Gewalt verschwindet.

Die gezielte Tötung jüdischer Zivilist:innen verschwindet.

Zurück bleibt ein einfaches Bild:

Israel als Täter.

Palästinenser als Opfer.

Der Rest wird ausgeblendet.

Dieses Bild ist politisch wirksam, aber historisch und moralisch unzureichend.

Es erklärt nicht, warum Hamas am 7. Oktober israelische Zivilist:innen abschlachtete.

Es erklärt nicht, warum jüdische Familien in ihren Häusern ermordet wurden.

Es erklärt nicht, warum Menschen verschleppt wurden.

Es erklärt nicht, warum massenhafter Femizid begangen wurde.

Es erklärt nicht, warum eine Organisation, die von „Befreiung“ spricht, ihre eigene Bevölkerung autoritär beherrscht.

Und es erklärt nicht, warum eine demokratische Zwei-Staaten-Lösung gerade von jenen Kräften verhindert wird, die Israel als jüdischen Staat grundsätzlich ablehnen.

An dieser Stelle wird die Kritik an Teilen antikolonialer und ökologischer Milieus notwendig.

Nicht, weil der Kampf gegen Kolonialismus falsch wäre.

Nicht, weil ökologische Bewegungen falsch wären.

Nicht, weil Solidarität mit palästinensischen Zivilist:innen falsch wäre.

Sondern weil ein Teil dieser Milieus gegenüber antisemitischen Narrativen eine auffällige Blindheit entwickelt hat.

Diese Blindheit zeigt sich, wenn Israel ausschließlich als koloniales Projekt beschrieben wird, während jüdische Geschichte, jüdische Verfolgung, Pogrome, die Shoah, die Vertreibung jüdischer Gemeinden aus arabischen Ländern und der Schutzbedarf jüdischer Selbstbestimmung ausgeblendet werden.

Sie zeigt sich, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall eingefordert wird, aber ausgerechnet beim jüdischen Volk unter Vorbehalt gestellt wird.

Sie zeigt sich, wenn „Dekolonisierung“ nicht mehr Freiheit, gleiche Rechte und politische Würde bedeutet, sondern die Auflösung Israels als jüdischer Staat.

Sie zeigt sich, wenn Begriffe wie „Apartheid“, „Kolonialstaat“ oder „Genozid“ nicht analytisch und historisch überprüft, sondern als moralische Kampfbegriffe verwendet werden, um Israel vollständig zu delegitimieren.

Sie zeigt sich, wenn jüdische Stimmen nur dann akzeptiert werden, wenn sie die eigene antiisraelische Position bestätigen.

Und sie zeigt sich, wenn Antisemitismus erst dann erkannt wird, wenn er von rechts kommt, aber nicht, wenn er sich in die Sprache von Befreiung, Dekolonisierung oder globaler Gerechtigkeit kleidet.

Besonders gefährlich ist dabei die Wiederkehr alter antisemitischer Bilder in neuer Sprache.

Früher sprach man von jüdischer Weltmacht.

Heute spricht man von „zionistischem Einfluss“.

Früher sprach man von jüdischen Drahtziehern.

Heute spricht man von „Lobbyisten“, die angeblich Politik, Medien und Universitäten kontrollieren.

Früher wurde behauptet, Juden steuerten Kriege im Hintergrund.

Heute wird behauptet, Israel oder „der Zionismus“ lenke westliche Regierungen und verhindere jede Wahrheit.

Früher wurde jüdisches Leben als fremd, mächtig und gefährlich markiert.

Heute wird der jüdische Staat als grundsätzlich illegitim, kolonial und rassistisch markiert.

Die Begriffe haben sich verändert.

Die Struktur ist geblieben.

Damit soll nicht jede Kritik an Israel als antisemitisch bezeichnet werden.

Israelische Regierungen können und müssen kritisiert werden.

Militärische Entscheidungen können kritisiert werden.

Siedlungspolitik kann kritisiert werden.

Diskriminierung kann kritisiert werden.

Menschenrechtsverletzungen können kritisiert werden.

Aber Kritik wird dort antisemitisch oder anschlussfähig an antisemitische Muster, wo sie Israel nicht mehr als konkreten Staat mit konkreter Regierungspolitik kritisiert, sondern jüdische Selbstbestimmung grundsätzlich delegitimiert.

Wer Israel kritisiert, weil eine Regierung falsch handelt, übt politische Kritik.

Wer Israel das Recht abspricht, als jüdischer Staat überhaupt zu existieren, überschreitet diese Grenze.

Wer sich mit palästinensischen Zivilist:innen solidarisiert, handelt menschlich.

Wer Hamas verharmlost, handelt politisch verantwortungslos.

Wer Krieg kritisiert, handelt legitim.

Wer jedoch den 7. Oktober relativiert, stellt sich außerhalb einer menschenrechtlichen Perspektive.

Wer Frauenrechte verteidigt, aber sexualisierte Gewalt gegen israelische Frauen leugnet, verteidigt Frauenrechte nicht universal.

Wer queere Rechte verteidigt, aber islamistische Herrschaftsverhältnisse ausblendet, verteidigt queere Freiheit nicht konsequent.

Deshalb lautet die zentrale Frage an die Aktivist:innen in diesen Milieus nicht:

Warum habt ihr Mitgefühl mit Palästinenser:innen?

Diese Frage wäre falsch.

Die richtige Frage lautet:

Warum endet eure Analyse so häufig dort, wo Hamas beginnt?

Warum endet eure Empörung dort, wo jüdische Opfer sichtbar werden?

Warum endet euer Antifaschismus dort, wo Antisemitismus nicht von rechts, sondern im Gewand von Befreiung erscheint?

Wer sich diesen Fragen stellt, muss seine Solidarität nicht aufgeben.

Er kann sie vertiefen.

Denn eine ehrliche Solidarität mit Palästinenser:innen bedeutet nicht, Hamas zu entlasten.

Sie bedeutet, Palästinenser nicht nur vor Krieg, sondern auch vor autoritärer Herrschaft, religiöser Unterdrückung, politischer Instrumentalisierung und antisemitischer Mobilisierung zu schützen.

Eine ehrliche Solidarität mit Israel bedeutet nicht, jede israelische Regierungspolitik zu verteidigen.

Sie bedeutet, jüdische Selbstbestimmung, jüdisches Leben und das Recht auf Sicherheit ernst zu nehmen.

Und eine ehrliche Friedensperspektive bedeutet, beides zusammenzudenken:

Sicherheit für Israel.

Freiheit für Palästinenser.

Eine demokratische Zukunft für beide Völker.

Ohne Hamas.

Ohne Antisemitismus.

Ohne die ideologische Verklärung von Gewalt als Befreiung.

Die Zerstörung der „Grauen Gesellschaft“

Liebe Mitbürger:innen,

extremistische Bewegungen leben von der Polarisierung.

Sie leben davon, Menschen einzureden:

„Es gibt nur noch zwei Seiten.

Entweder du bist für uns.

Oder du bist gegen uns.“

Der sogenannte Islamische Staat sprach von der Zerstörung der „Grauen Zone“.

Gemeint ist damit die Mitte.

Jene Menschen, die gleichzeitig Muslim:innen und Demokrat:innen sind.

Die gleichzeitig Jüd:innen und Friedensaktivist:innen sind.

Die gleichzeitig Mitgefühl für die Menschen in Gaza empfinden und die Massaker des 7. Oktober verurteilen.

Die gleichzeitig Israel kritisieren und sein Existenzrecht verteidigen.

Diese Menschen sind für Extremisten gefährlich.

Denn sie bauen Brücken.

Sie verweigern die Logik des Hasses.

Sie sagen:

Ich muss nicht zwischen jüdischem und palästinensischem Leben wählen.

Ich muss mich nicht zwischen Menschenrechten und Sicherheit entscheiden.

Ich muss nicht Mitgefühl aufteilen.

Extremisten hingegen wollen genau das.

Sie wollen die Mitte zerstören.

Sie wollen die Grautöne beseitigen.
Sie wollen aus Nachbarn Feinde machen.
Aus Mitbürger:innen Gegner:innen.
Aus Vielfalt Lager.
Denn wer Menschen in Lager zwingt, macht sie manipulierbar.

Damals war das die Logik des Nationalsozialismus.
Heute ist es die Logik islamistischer Bewegungen.
Und sie findet überall dort Resonanz, wo Menschen nur noch in Täter und Opfer eingeteilt werden.
Wo die Komplexität verschwindet.
Wo Ambivalenz nicht mehr ausgehalten wird.
Wo aus politischen Gegnern das absolut Böse wird.

Damals wurde der berechnete Wunsch nach arabischer Selbstbestimmung von einem Mann missbraucht, der sich mit Hitler verbündete.
Heute wird das berechnete Mitgefühl mit dem Leid der Menschen in Gaza von einer Bewegung instrumentalisiert, die jüdische Selbstbestimmung ablehnt und keine demokratische Zukunft für Palästinenserinnen und Palästinenser anbietet.

Deshalb verweigern wir uns der Logik des Hasses.
Wir stehen an der Seite israelischer Opfer des Terrorismus.
Und wir stehen an der Seite palästinensischer Zivilistinnen und Zivilisten.
Wir stehen gegen Antisemitismus.
Gegen Dschihadismus.
Gegen Rassismus.
Gegen jede Ideologie, die Menschen ihre Würde abspricht.

Wer Freiheit nur für die Eigenen fordert, fordert keine Freiheit.
Wer Sicherheit nur für die Eigenen verlangt, schafft keinen Frieden.
Frieden beginnt dort, wo wir die Würde des Anderen anerkennen – gerade dann, wenn er nicht zu uns gehört.

Deshalb stehen wir für Völkerverständigung zwischen Israelis und Palästinenser:innen.